

Erste Wahl für Bonn

Programm der CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Claudia Lücking-Michel

1. Erste Wahl für unsere Wirtschaft und Arbeitsplätze

1.1 Bonn/Berlin-Gesetz einhalten

Das Bonn/Berlin-Gesetz schreibt die dauerhafte Arbeitsteilung zwischen der Hauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn fest. Das war und bleibt die Geschäftsgrundlage für den Umzug des Parlaments und von Teilen der Regierung nach Berlin. Das einmal gegebene Wort muss weiter gelten!

Die Arbeitsteilung mit ersten und zweiten Ministeriumssitzen hat sich bewährt. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat dazu wiederholt festgestellt, dass allein die Zinsen zur Finanzierung eines milliardenschweren weiteren Berlin-Umzugs wesentlich teurer wären als die Kosten der Regierungsaufteilung es jetzt sind. Diese Arbeitsteilung liegt außerdem besonders im Interesse der föderalen Vielfalt in der Bundesrepublik Deutschland. Für Bonn bleibt die gesetzliche Garantie der Präsenz von Bundesministerien entscheidend: Das gilt insbesondere im Blick auf ca. 30.000 Menschen, die unmittelbar oder mittelbar von einem Umzug von Ministerien betroffen wären (Angehörige, Familien und von einem Umzug in der Peripherie betroffene Arbeitsplätze). Das gilt aber auch, weil viele Verbände und überregionale Einrichtungen gerade wegen der Bundesministerien ihren Standort in Bonn haben.

Für die Zukunft Bonns werde ich mit ganzer Kraft gegen eine schleichende Aushöhlung des Bonn/Berlin-Gesetzes vorgehen. Ebenso intensiv werde ich mich im Deutschen Bundestag für eine Stabilisierung der Mehrheiten für den Erhalt der vereinbarten Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin einsetzen. Ich werde die überparteiliche Zusammenarbeit zur Wahrung der Interessen Bonns stärken und regelmäßige gemeinsame Initiativen starten. Bonn muss das zweite bundespolitische Zentrum bleiben!

1.2 Wissenschaft und Forschung ausbauen

Bonn ist eine Wissenschaftsstadt mit einem gut ausgebauten Bildungsangebot, vielen Akademikerinnen und Akademikern, einer renommierten Universität und wichtigen Wissenschaftsorganisationen. Viele Bonner Bürgerinnen und Bürger sind haupt- oder ehrenamtlich in diesem Bereich tätig und engagiert. Für diese Vielfalt an Einrichtungen, für die zahlreichen qualifizierten Arbeitsplätzen und für diesen Standard in Bonn müssen wir arbeiten.

Forschung und Innovation auf Spitzenniveau sind nötig, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Nur mit größtem Engagement für die Förderung der Wissenschaft werden wir die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft lösen. Ob Energiewende, Medizinfortschritt oder unsere aktuellen Verkehrsprobleme: Innovationen sind gefragt. Wir müssen Menschen fördern und in „Köpfe“ investieren. Mit den aktuellen föderalen Vorgaben kommen wir im Wissenschaftsbereich aber an Grenzen. Effizientere Strukturen und eine bessere bundesweite Koordination sind notwendig.

Ich setze mich dafür ein, Bonn als Standort für Wissenschaft und Forschung weiter zu profilieren. Die Institutionen vor Ort sind dafür auf eine gute Arbeitsinfrastruktur und gute Vernetzungsmöglichkeit angewiesen. Auf Bundesebene ist mir wichtig, dass das Kooperationsverbot, das eine direkte Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern verbietet, aufgehoben wird. Investitionen in Wissenschaft und Forschung dürfen nicht dem Spardruck zum Opfer fallen, sondern müssen auch in Zukunft wachsen.

1.3 Arbeitsplätze für Bonn sichern – Mittelstand stärken

Neben den Arbeitsplätzen der Bundesministerien, des Öffentlichen Dienstes und dem großen Arbeitgeber Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität sind die Deutsche Telekom und die Deutsche Post AG für Bonn von großer Bedeutung. Doch für die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze sorgen die vielen mittelständischen Unternehmen und Betriebe. Die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Bonn begründet sich in dieser guten Mischung von Arbeitsplätzen in allen Sektoren. Das belegt auch die geringe Arbeitslosenquote.

Diesen Erfolg verdanken wir nicht zuletzt der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unter Führung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel. Maßgeblich hierbei waren die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung und eine konsequente Haushaltspolitik des Konsolidierens und Sparens. Der mehrfach verfassungswidrige NRW-Haushalt zeigt dagegen, dass die SPD den Bürgerinnen und Bürgern nicht reinen Wein einschenkt, sondern das Blaue vom Himmel verspricht: Steuererhöhungen sind keine Lösung, sondern schaffen neue Probleme. Sie belasten vor allem den Mittelstand und gefährden damit die meisten Arbeitsplätze in Bonn und der Region.

Ich setze mich für wirtschafts- und familienfreundliche Rahmenbedingungen in unserer Sozialen Marktwirtschaft ein. Ich bin gegen eine Steuerpolitik, die Ausbildungs- und Arbeitsplätze gefährdet.

1.4 Verkehr verbessern

Unsere Verkehrsinfrastruktur hat nicht mit der allgemeinen Entwicklung Bonns mithalten können. Jetzt erleben wir, dass sowohl die Kapazitäten für den individuellen Verkehr als auch das Bus- und Bahnangebot dringend verbessert werden müssen.

Wir brauchen ein effizientes Straßennetz. Infrastrukturprojekte zur Verkehrsentslastung wurden von der rot-grünen Landesregierung aus dem Bundesverkehrswegeplan genommen. Egal, wie man dazu steht: Der große Fehler ist, dass keine echten Alternativen entwickelt, geschweige denn umgesetzt wurden. Die Konsequenzen tragen wir jetzt.

Angesichts der enormen Schadstoff- und Lärmbelastung der Stadt Bonn muss der Durchgangs- und Fernverkehr weiträumig weggeführt werden. Eine moderne und gesundheitsverträgliche Verkehrspolitik trägt zur Versöhnung von Umwelt und Wirtschaft bei und muss mit der Region entwickelt werden.

Zur Bekämpfung der Staus brauchen wir sowohl eine effiziente Verkehrsinfrastruktur, als auch ein deutlich besseres ÖPNV-Angebot. Nur so kann die Belastung durch Lärm und Schadstoffe in Stadt und Kreis reduziert werden.

Ich setze beim Berufspendler-Verkehr auf den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn. Dafür müssen bestehende P&R-Plätze ausgebaut und ein ganzer P&R-Ring um Bonn errichtet werden. Die Bahnhöfe müssen endlich barrierefrei, sicher und attraktiv werden. Der Takt der S-Bahn-Linien muss im Berufsverkehr deutlich erhöht werden. Die vom Flughafen bis Oberkassel längst planfestgestellte S13 muss endlich gebaut werden. Im nächsten Schritt setze ich mich für deren Fortführung bis Bad Honnef und für eine Rheinquerung ein. Nicht zuletzt müssen die DB-Angebote für Bonn optimiert werden.

2. Erste Wahl für unsere Gesellschaft

2.1 Familien fördern

Familienpolitik fungiert bisher zu oft als „Reparaturbetrieb“. Wir müssen aber hin zu einer Familienpolitik, die bei allen politischen Fragen einen grundsätzlichen Stellenwert hat, weil sie Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche ist. Politische Maßnahmen sollen Familien dabei unterstützen, fördern und ergänzen – aber nicht durch staatliche Erziehung und Betreuung bevormunden oder ersetzen.

Auch in Bonn fehlt es nach wie vor an ausreichenden Rahmenbedingungen, um Beruf und Familie zu vereinbaren. Eltern, nicht nur die Mütter, wollen sich nicht zwischen Kindern und Beruf entscheiden müssen, sondern beides miteinander vereinen. Dazu brauchen sie echte Wahlmöglichkeiten und verschiedene Alternativen. Familien brauchen eine angemessene finanzielle Entlastung und – wo nötig – auch ausreichende finanzielle Unterstützung.

Um die Erziehungsleistung in der Familie wirklich „wert“ zu schätzen, muss diese angemessen bei der Rente aller Mütter berücksichtigt werden.

Ich setze mich für mehr Betreuungsmöglichkeiten für Kinder aller Altersstufen ein. Wir brauchen dazu in Bonn ausreichende und qualitativ hochwertige U3- und Ü3-Betreuungsplätze in Kitas und in der Kindertagespflege, ebenso wie individuelle Lösungen für die Familien. Ich plädiere für eine Erhöhung der Kinderfreibeträge und Ausweitung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting. Rentengerechtigkeit für Mütter heißt für mich: Kinder, die vor 1992 geboren wurden, müssen genauso für die Rentenanwartschaft berücksichtigt werden wie Kinder aus den Jahren nach 1992. Davon würden tausende Mütter allein in Bonn profitieren.

2.2 Bildungsgerechtigkeit ermöglichen

Bildung ist der Schlüssel für ein besseres Leben. Bildung ist die nachhaltige Sozialpolitik der Zukunft und eine Antwort auf den demographischen Wandel.

Gute Bildung braucht man überall, in handwerklichen wie akademischen Berufen. Eine qualifizierte Ausbildung ist der Schlüssel für die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das Duale System ist dabei ein international anerkanntes Erfolgskonzept. Allein die mittelständischen Betriebe bieten ca. 80% aller Ausbildungsplätze an.

Bildung und Qualifizierung sind entscheidend für die gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb ist es ein Skandal in unserem Land, wenn wir bisher noch nicht für ausreichende Bildungsgerechtigkeit gesorgt haben. Die Erfolgsaussichten auf einen qualifizierten Schulabschluss oder ein gutes Studium dürfen nicht allein vom Elternhaus abhängen. Jeder soll die Chance haben, seine Talente zu entwickeln – unabhängig vom Abschluss der Eltern. Der besondere Unterstützungs- und Förderbedarf, aber auch die Potenziale junger Menschen mit Behinderungen müssen früh erkannt werden, um ihre individuelle Entwicklung zu fördern und ihnen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Ich setze mich ein für ausreichende und geeignete Fördermaßnahmen: Unterstützung beim altersgerechten Spracherwerb und möglichst individuell angepasste Begleitung sind sinnvolle Investitionen. Qualifiziertes Personal und eine optimale Ausstattung sind hierfür zwingende Voraussetzung. Für Bonn will ich das Engagement des Bundes bei Familienzentren und Mehrgenerationenhäusern ausweiten.

2.3 Sicherheit in Bonn gewährleisten

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Gewalt, Kriminalität und Vandalismus müssen wir entschieden entgegentreten. Nur eine sichere Stadt ist lebenswert und behält ihr Flair.

Die Bonnerinnen und Bonner sollen sich überall frei bewegen und ohne Angst um sich, ihre Familie und ihr Eigentum leben können.

Für eine wirkungsvolle Prävention und Bekämpfung von Kriminalität müssen alle Akteure an einem Strang ziehen. Insbesondere die hohe Einbruchskriminalität in Verbindung mit einer niedrigen Aufklärungsquote ist nicht hinnehmbar und erfordert verstärkte, auch bundesweite Maßnahmen.

Unser Rechtsstaat darf weder von politischen Extremisten noch von religiösen Fundamentalisten in Frage gestellt werden.

Die Aktivitäten gewaltbereiter Salafisten müssen durch intensive Vorfeldaufklärung, Aussteigerprogramme, gezielte Maßnahmen der Gefahrenabwehr und die konsequente Nutzung strafrechtlicher Instrumente verhindert werden. Mediale Strategien und lokale Netzwerke können der Radikalisierung in den elektronischen Medien entgegenwirken. Eine islamische Paralleljustiz darf in Deutschland keinen Nährboden finden. Wer in Deutschland lebt und arbeitet, muss die deutsche Verfassung respektieren.

Gleichzeitig dürfen wir nicht im Einsatz für eine offene und tolerante Gesellschaft nachlassen. Der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit braucht eine engagierte Bürgergesellschaft. Sie muss eingreifen, wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert werden. Sie muss hinschauen, wenn sich andere wegducken.

Ich setze mich dafür ein, dass Bonn eine offene, sichere und gastfreundliche Stadt bleibt und arbeite für gegenseitige Wertschätzung, Respekt und Toleranz in unserer Gesellschaft.

2.4 Bürger beteiligen und Ehrenamt unterstützen

Demokratie lebt vom Mitmachen. Sie lebt von der Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger, die Verantwortung in Gesellschaft und Politik übernehmen wollen. Ihre Anliegen und Anregungen sollen effektiv in den Prozess der Meinungs- und Willensbildung einfließen können. Ihre Beteiligung ergänzt die parlamentarischen Verfahren, kann sie bereichern und stärken.

Aber klar sein muss auch: Weder Parlamente noch Bürgerinitiativen dürfen sich zu abgeschlossenen Zirkeln entwickeln, die Einzel- oder Gruppeninteressen „um jeden Preis“ durchsetzen wollen. Vielmehr ist die Orientierung am Gemeinwohl zu stärken.

Ich möchte die Bonnerinnen und Bonner stärker an der politischen Meinungs- und Willensbildung beteiligen. Es gilt eine neue Balance herzustellen zwischen der bewährten parlamentarisch-repräsentativen Demokratie und neuen partizipativen Elementen. Insbesondere die Ehrenamtlichen in Bonn schätze ich sehr und setze mich dafür ein, dass sie bessere Rahmenbedingungen für ihr Engagement vorfinden.

3. Erste Wahl für unsere Stadt

3.1 Internationalen Standort Bonn fördern

Bonn ist eine internationale Stadt. Das zeigt sich unter anderem an den internationalen Organisationen, die hier ihren Sitz haben. Bonn ist mit rund 1000 Arbeitsplätzen die einzige deutsche UNO-Stadt.

Internationale Entwicklungspolitik hat hier ihren Standort, das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) seinen ersten Dienstsitz und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) einen ihrer beiden Hauptsitze. Nicht nur für die Arbeit aller genannten Institutionen ist dringend ein internationales Kongresszentrum in Bonn notwendig. Für die Fertigstellung des WCCB ist es deshalb höchste Zeit.

Ich setze mich dafür ein, dass die Bundesstadt Bonn als attraktiver Standort für nationale und internationale UNO- und Regierungseinrichtungen sowie NGOs weiter ausgebaut wird.

3.2 Integration gastfreundlich leben

Menschen aus aller Welt kommen zu uns und wollen hier dauerhaft leben. Sie sind eine wichtige Bereicherung, ein lebendiger Schatz und eine große Chance für unsere Stadt. Probleme und Herausforderungen, die sich für das gemeinsame Leben ergeben, müssen durch Wissen voneinander, durch Gespräche und Kontakte zueinander sowie durch eine funktionierende Integrationspolitik angegangen werden. Gegenseitige Achtung und Toleranz ist Prinzip. Dabei ist das Grundgesetz verbindliche Richtschnur für alle.

Ich setze mich dafür ein, dass Bonn auch in Zukunft für den toleranten Geist des Grundgesetzes steht und Vorbild für ein Miteinander und für eine gastfreundliche Integration auf der Grundlage unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ist.

3.3 Bonn als Beethovenstadt profilieren

Wenn 2020 in aller Welt der 250. Geburtstag von Ludwig van Beethoven gefeiert wird, ist das die Gelegenheit für seine Geburtsstadt Bonn, sich endlich als Beethovenstadt zu profilieren. Da es dabei nicht nur um ein lokales Ereignis geht, sondern um Deutschland als Kulturnation, sollte der Bund die Regie für das Jubiläum übernehmen.

Bis dahin braucht unsere Stadt einen angemessenen Konzertsaal. Ein neues Festspielhaus ist darauf eine Antwort mit besonderer Ausstrahlung und großer regionaler, nationaler wie internationaler Bedeutung. Mit dem Bundestagsbeschluss für ein Beethoven-Festspielhaus in Bonn wurde dafür schon 2007 der erste Schritt getan. Für die Betriebsstiftung Festspielhaus stellt der Bund 39 Mio. Euro zur Verfügung.

Voraussetzung für den Bau eines Festspielhauses ist dabei, dass die Stadt sich nicht an den Kosten für den Bau beteiligen kann und kein Verantwortlicher dies angesichts des Stadthaushaltes zulassen dürfte. Der Bau des Festspielhauses (incl. evtl. Baukostensteigerungen) muss vollständig privat finanziert werden. Das finanzielle Engagement aller Beteiligten verdient daher große Anerkennung: die Deutsche Post mit dem erfolgreichen Architektenwettbewerb 2009, viele Bonner Bürger, die örtliche Wirtschaft um die IHK Bonn-Rhein-Sieg mit der Aktion 5000x5000 sowie der Bonner Mittelstand beim "Beethoventaler", den das Bonner Hotel- und Gaststättengewerbe initiiert hat. Diese Chance darf Bonn nicht verstreichen lassen. Ohne angemessenen Konzertsaal würden wir uns beim 250. Geburtstag von Ludwig van Beethoven vor aller Welt blamieren.

Für Bonn als Beethovenstadt begrüße ich es, dass der Bund seiner Verantwortung für das Beethovenjubiläum 2020 nachkommt. Ich setze mich für den Bau eines Festspielhauses ein, für das aber weitere Sponsoren gefunden werden müssen. Oberbürgermeister und Stadtverwaltung müssen ihrer Pflicht nachkommen und den Ratsbeschluss vom September 2012 mit seinem klaren Bekenntnis zu einem Beethoven-Festspielhaus umsetzen.

3.4 Natur und Umwelt schützen

Wir leben in einer einzigartigen und wunderbaren Landschaft. Stadt und Region müssen deshalb als Modellregion nachhaltig und umweltgerecht weiterentwickelt werden.

Umwelttechnologie „Made in Germany“ ist ein Exportschlager, der in Bonn in vielen Facetten zu sehen sein soll.

Bonn ist der Sitz des Weltklimasekretariats. Internationale Delegationen sollen an einem starken Bundes-, UN- und GIZ-Standort erleben, wie Stadtentwicklung und lokale Energiewende im Sinne unserer Sozialen Marktwirtschaft funktionieren.

Bei allen Baumaßnahmen ist ein ökologischer Ausgleich vorzunehmen, wobei auch eine Aufwertung von Naturflächen über Ökopunkte sinnvoll ist, damit die biologische Vielfalt der Stadt erhalten und wiederhergestellt wird.

Viele Menschen in Bonn leiden unter der steigenden Lärmbelastung durch den Straßenverkehr und den beiden großen Eisenbahnstrecken. Das Ruhebedürfnis ist ein Menschenrecht, das es zu würdigen gilt. Daher muss ein konsequenter Lärmschutz entlang der Eisenbahnstrecken und der vielbefahrenen Straßen gebaut werden.

Aus Gründen der Luftreinhaltung und Lärminderung soll die Elektromobilität weiterausgebaut und das Klimaschutzprogramm der Stadt vorangebracht werden.

Ich setze mich dafür ein, dass wir aus Verantwortung für zukünftige Generationen Energie, Boden, Luft, Natur und Wasser nachhaltig nutzen. Beim Schutz von Naturräumen müssen wir in Bonn und der Region beispielhaft vorgehen. Nur in einer intakten Natur und sauberen Umwelt kann sich der Mensch wohlfühlen.